



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TEL.: 51064, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF. MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH ROCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

17. Februar
4/78

Konzil will Liste nicht herausgeben

Starke Minderheit gegen diese Politik

Gespalten ist das Konzil in der Auseinandersetzung mit der Oldenburger Staatsanwaltschaft, die, wie bereits mehrfach berichtet, gegen Konzilsmitglieder wegen Beleidigung des HNB und Volksverhetzung ermittelt. Während sich die Mehrheit dafür aussprach, der Aufforderung des Staatsanwaltes, die Namensliste des Konzils aus dem Jahre 1975 herauszugeben, nicht zu entsprechen, setzten sich die Hochschullehrergruppe Demokratische Hochschule (DH) und der Hochschulpolitische Arbeitskreis (HAKO) dafür ein, dem Staatsanwalt die Namen zu nennen, weil, wie in der ersten Sitzung des Konzils geschehen, nicht damit argumentiert werden könne, besonders Studenten könnten ein Schutzbedürfnis wegen der zur Zeit herrschenden Einstellungspraxis für sich reklamieren. "Denn", so ein Sprecher der DH, "die Staatsanwaltschaft verfügt mit Sicherheit schon über die Namensliste".

In der Tat ist die Mitgliederliste des Konzils jedermann zugänglich und keineswegs ein behütetes Geheimnis. In jedem Vorlesungsverzeichnis sind die Namen fein säuberlich aufgelistet. Aber darum ging es wohl auch kaum in der Konzilssitzung. Vielmehr wollte die Mehrheit des Konzils der "Provokation des Staatsanwaltes", wie es ein Sprecher nannte, widerstehen, dessen Verhalten ein deutliches Licht auf den politischen Zustand der Bundesrepublik werfe. Der letzte Brief (siehe uni-info 3/78) zeige deutlich auf, daß es dem Staatsanwalt nicht darum gehe, die Motive der Konzilsmitglieder für ihre gemeinsam gefaßte Aussage, NHB und NPD seien die geistigen und politischen Nachfolger der Mörder Carl von Ossietzkys, einzeln zu erforschen.

Mit der Weigerung, die Liste herauszugeben, stützte sich die Mehrheit des Konzils rechtlich auf ein Gutachten des Juristen Professor Dieter Sterzel, der die Auffassung vertreten hatte, daß für die Universität eine Pflicht für die Herausgabe der Mitgliederliste im Rahmen der Amtshilfe nicht bestehe, weil das Konzil der ihm im Rahmen der Kompetenzzumessung nicht als Staatsorgan gehandelt habe, sondern im Bereich der universitären Selbstverwaltung von seinem durch Wissenschafts- und Meinungsfreiheit vollge-

deckten Recht Gebrauch gemacht habe, eine Stellungnahme zu einer hochschulpolitischen Grundsatzfrage abzugeben. Diese Stellungnahme stelle zudem nicht einmal ein Werturteil dar, sondern eine Tatsachenbehauptung, die wissenschaftlich zu belegen sei. Dies will das Konzil auch tun. In seinem Verweigerungsbeschluß, der mehrheitlich angenommen wurde, legte es gleichzeitig fest, über die NPD und den NHB eine Dokumentation zusammenzustellen, die dem Staatsanwalt zwecks Vertiefung seines Kenntnisstandes zur Verfügung gestellt werden soll. Sowohl gegen diesen Beschluß als auch gegen das Antwortschreiben an den Staatsanwalt votierte die Gruppe Demokratische Hochschule, die inzwischen die Namen ihrer Fraktion der Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat. Dazu erklärte Professor Schulenberg, seine Gruppe wende sich dagegen, daß die Auseinandersetzung mit dem NHB und der NPD auf den Staatsanwalt verlagert werde. Schulenberg wörtlich: "Wir sollten die Rangelei mit dem Staatsanwalt abrechnen, damit wir politisch frei agieren können."

Auch Rektor Professor Rainer Krüger übte Kritik am Konzilsbeschluß. Er sei kaum vermittelbar, so Krüger, und lenke deshalb in der öffentlichen Auseinandersetzung vom Hauptthema nur ab: dem skandalösen Ermittlungsverfahren gh

Rückmeldung

Das Immatrikulationsamt bittet diejenigen Studenten, die sich bisher noch nicht für das Sommersemester 1978 zurückgemeldet haben, dies umgehend nachzuholen. Studenten, die noch keine Rückmeldeunterlagen erhalten haben (bei Umzug oder Ähnlichem), müssen sich umgehend im Immatrikulationsamt (Raum A 112) melden, da der Rückmeldetermin bereits seit 17. Februar 1978 verstrichen ist.

Kein Verfahren?

Die 12. große Strafkammer des Berliner Landgerichts hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen 12 Professoren und zwei Rechtsanwälte abgelehnt, gegen die wegen Herausgabe der Dokumentation 'Buback - ein Nachruf' Anklage wegen Volksverhetzung erhoben worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens erhoben. Darüber wird das Berliner Kammergericht entscheiden.

Völlig offen ist noch, wie das gleiche Verfahren in Oldenburg ausgehen wird, denn bisher hat die Staatsanwaltschaft gegen die zehn Oldenburger Hochschullehrer, die mit zu den Herausgebern der Dokumentation gehören, keine Anklageschrift vorgelegt. Die Ermittlungen allerdings laufen weiter. Lediglich gegen den Psychologieprofessor Peter Brückner, gegen dessen Suspendierung Ende Januar Hunderte Hochschullehrer aus dem gesamten Bundesgebiet in Hannover demonstrierten, liegt eine Anklageschrift wegen Volksverhetzung vor.

In Kisten

Zahlreiche, der in der Bibliothek vorhandenen Dissertationen werden in Kisten verpackt werden müssen, da dringend zusätzliche Arbeitsflächen für Mitarbeiter benötigt werden. Die in den Kisten lagernden Dissertationen werden in einer Liste erfaßt und können von den Benutzern notfalls über den Leihverkehr besorgt werden.

Evaluation zum Selbstkostenpreis

Die im uni-info 26/77, Seite 3, abgedruckten Bemerkungen von dem Psychologen Werner Schmereim zu der vom ZpB veranstalteten Tagung "Evaluation" haben Wolfgang Fichten und Ulrich Steinbrink zur Erwidern herausgefordert. Ulrich Steinbrink versucht dies aus der Sicht des Veranstaltungsteilnehmers, Wolfgang Fichten aus der Sicht des Veranstalters.

Aus Veranstaltersicht

Schmereim sah sich, der doch sicher aus Interesse an der Sache an einer Tagung teilnahm, unversehens einer "Gemeinde" gegenüber und als "Andersgläubiger" auf verlorenem Posten. Nur: Die von ihm dazu gemachten Anmerkungen gehen in die falsche Richtung. Statt sich über "Gemeindebildung" zu beklagen, sollte Herr Schmereim seine Kritik an diejenigen richten, die ihn da so allein streiten ließen. Will sagen: Es ist gut vorstellbar, daß Herr Schmereim kein Sonderling ist, sondern daß es eine ganze Reihe weiterer Hochschullehrer gibt, die eine ähnliche Position wie er vertreten. Doch: Wo sind sie geblieben?

Für diese Tagung hat das ZpB nicht unerhebliche materielle, organisatorische und informative Anstrengungen unternommen: 2.500 Broschüren gedruckt, auswärtige Experten eingeladen, 2.000 Flugblätter verteilt, Hinweis im uni-info, an jedes Projekt sind Broschüren mit Erläuterungen der Tagungsabsicht, der Aufforderung zur aktiven Mitarbeit und ein Rückmeldebogen verschickt worden. Ergebnis: Null - keine einzige Rückmeldung! Die "Andersgläubigen" schotteten sich ab und wehrhücheln in entlegenen Katakomben unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Evaluation zum Nulltarif? Eher doch Evaluation zum Selbstkostenpreis. Bei allen Vorleistungen des ZpB hätte als Anteil in eine derartige Tagung die eigene Aktivität eingebracht werden müssen. Und dies betrifft nicht nur die Tagung: Das bei einer Mehrzahl von Hochschulangehörigen feststellbare mangelnde Interesse, über inhaltliche Fragen des Projektstudiums zu diskutieren, markiert die derzeitige Situation: Durchwursteln um jeden Preis. In diesem Zusammenhang gibt es nicht nur keine Reflexion über Auswertungsprozesse, es gibt überhaupt keine Auswertung. Das ist nicht einmal "Nulltarif", da das eingesetzte Fahrzeug mangels interessierter Fahrgäste allein durch die Gegend fährt.

Es sind - leider - immer wieder die gleichen Personen, die sich an Diskussionen über Projektprobleme interessiert zeigen. Daß diese Hochschulangehörigen aufgrund einer realistischen Einschätzung des allgemeinen Desinteresses an Projektproblemen nur ein bestimmtes Konzept (z.B. von Evaluation) für realisierbar halten, ist verständlich: Es ist ein handlungsorientiertes Konzept, das die Projektergebnisse an die Interessen der Beteiligten bin-

det. So scheint überhaupt nur noch ein Interesse an Auswertungsvorgängen aktiviert werden zu können. Eine Auswertung muß für jeden Beteiligten (für wen denn sonst?) einen einsehbaren Sinn und Wert haben, sonst würde sie wohl nicht gemacht. Andere Konzepte scheinen unrealistisch zu sein, nichtsdestoweniger sollten sie erprobt und dann auch bei entsprechender Gelegenheit (wie z.B. auf der veranstalteten Tagung) vorgeführt werden.

Aus Teilnehmersicht

Werner Schmereim war offensichtlich Schreckliches auf dieser Tagung widerfahren: man hatte (wer?) seine Äußerungen "milde bis vernehmlich belächelt", hatte die von ihm angeregte "schwierige Analyse der Subjekt-Objekt-Problematik in der Handlungsforschung gar nicht erst aufgegriffen" und sich schließlich "in naiver Gläubigkeit, einer Fülle komplexer Probleme auf einen Schlag mit einem Forschungsminimum beikommen zu können" der Stimme der Häresie, sprich der "ernstzunehmenden Auseinandersetzung mit abweichenden Positionen (zu erg.: zur Handlungsforschung) durch "Beschwörungsformeln" wie "Behaviorismus", "Quantifizierung", "Hitpaß" und "stärkende Gebete" verweigert. Statt dessen: Resultat eines unterbliebenen Dialogs? Zweifel sind angebracht!

Zur Sache: Schmereim wie der Verfasser dieser Zeilen war aktiv-kommunizierend, interagierend Teilnehmer einer ca. 2 1/2-stündigen Veranstaltung "Probleme und Möglichkeiten von Evaluation" im Rahmen der o.g. Tagung. In dieser Veranstaltung ging es in der Tat darum, wie Schmereim schreibt, in etwa 60 Minuten in arbeitsteiligen Gruppen Lehrveranstaltungen zum 2. Studienabschnitt (projektorientierte Kurse) in Form eines "Strategie-Spiels" zu "evaluieren", ein Unternehmen also, das erfahrungsgestützte Entscheidungen - alle Teilnehmer hatten Lehr- und Lernerfahrungen im Wissenschaftsbetrieb - für die Konstruktion eines möglichen Evaluationsdesigns abverlangte. Vorgegeben waren dazu jeder Gruppe ein Satz schriftlicher Handlungsanweisungen und definierter Problemstellungen mit einem Kriterienraster für die Protokollierung der Zielsetzungen und Entscheidungsfindungsprozesse in der Gruppe, ferner als grundlegendes Vorbereitungsmaterial das vom ZpB für diese Tagung herausgegebene Materialien-Heft EVALUATION u.a. mit einem für diese Veranstaltung erstellten Beitrag von Hilbert Meyer. (1)

Kein Wort dazu in Schmereims "Anmerkun-

gen", stattdessen impressionistische Phänomenologie in Gestalt einer synsemantischen Glosse! (2)

Schmereim hielt sie für wichtig und mit ihr Mutmaßungen darüber, was denn eigentlich ihm und der von ihm hochgehaltenen Wissenschaft so offenkundig Despektierliches anhaften sollte. Eine zweifellos interessante Fragestellung, aber von ihm selbst verschüttet, weil's ihm wissenschaftlich offenbar erst dann zugeht, wenn Subjekt und Objekt der Wissenschaft nicht miteinander in Berührung kommen, oder anders, wenn Handlungssystem und Deutungssystem strikt auseinandergehalten bleiben, weil ersteres allenfalls nur als Illustration für die Plausibilität des zweiten auf dem Wege des "exemplarischen Denkens" zugelassen werden darf.

Zugegeben die Zeit war knapp bemessen, der Anspruch an die Teilnehmer hoch, zumal sie sich nicht nur damit zu beschäftigen hatten, in kürzester Zeit ein "Produkt" zu erstellen, sondern überhaupt einen Verständigungs-Code zu finden. Aber im Mittelpunkt des Experiments stand auch nicht das Brillieren oder Duellieren mit Theorien und Methoden, die sich irgendwie in Praxis entladen, sondern die Präsentation eines - akzeptierten - lückenhaften Tableaus von zu streitigen Prämissen für ein Evaluationskonzept zu Veranstaltungen des Modellversuchs durch die anwesenden Individuen. Es mußte von diesen also gehandelt werden! Das Experiment mißlang. Darin besteht zwischen dem Verfasser und Schmereim Einigkeit. Kritisches dazu wurde in einer abschließenden Nachbesprechung angemerkt. Aber daran hatte sich Werner Schmereim nicht mehr beteiligt, trotz Einladung, den Dialog fortzusetzen. Bleibt abschließend festzustellen: Resümee eines unterbliebenen Dialogs? Wohl kaum, dazu sind denn doch wohl die Positionen zu verschieden. Aber es bleibt Zuversicht. Die Uni hat die Evaluationsdiskussion ihres Reformmodells noch vor sich, noch nicht entschieden ist allerdings, auf welchem Niveau.

Ein positives Ergebnis hat die Tagung gehabt: Herr Schmereim hat an ihr teilgenommen und über seine Anmerkungen im uni-info uns (den frustrierten Veranstalter) signalisiert, daß die Tagung nicht ohne Wirkung geblieben ist.

(1) vgl. Hilbert Meyer, Vorschlag für eine handlungsorientierte Evaluation eines ELAB-Projektes; in: Materialien EVALUATION hrsg. vom ZpB (B. Jany/W. Fichten) Oldenburg, Nov. 1977, S. 5ff. (2) synsemantisch → Synsemantikon = inhaltsarmes Wort, das seine Bedeutung erst durch den ihn umgebenden Text erhält.

Neuer AStA gewählt

MSB und SHB abgelöst

"Wir werden versuchen, mehr, als dies bisher geschehen ist, Initiativen an der Basis aufzugreifen und sie in praktische Politik umzusetzen." Das erklärte Hans-Peter Paulsen, Mitglied der Basisgruppenliste (BG), nach seiner Wahl zum neuen AStA-Sprecher. Paulsen stützt sich, wie die beiden Referenten Carola Sauerland (Finanzen) und Harald Cordes (Kultur), auf ein Bündnis von BG, Juso-Hochschulgruppe und LHV, das über einer Sitz mehr als die seit Bestehen der Universität verbündeten Studentengruppen SHB und MSB Spartakus im Studentenparlament verfügt. Bei Stimmenenthaltung des RCDS wurde Paulsen mit 24 gegen 23 Stimmen gewählt.

Der AStA werde, so Paulsen, künftig seine Arbeit in Form von Arbeitsgruppen zu organisieren versuchen, an der sich interessierte Studenten beteiligen können. Es sei nicht angestrebt, durch Referenten Interessen der Studenten verwalten zu lassen. Künftig solle zudem auch der Vollversammlung ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt werden.

Einen Schwerpunkt wird nach Mitteilung des AStA mit Sicherheit die Unterstützung des Russell-Tribunals bilden, wie sie in der vergangenen Woche vom Stupa bei Gegenstimmen des MSB Spartakus und bei Stimmenthaltungen des SHB auch beschlossen wurde. Gleichzeitig beabsichtigt der AStA aber auch, im Aktionskomitee gegen Berufsverbote weiter mitzuarbeiten.

Nachdrücklich wird der neue AStA das von inzwischen allen relevanten Gruppen geforderte Konzept einer Studen-tenzeitung verfolgen, in der alle wichtigen politischen Positionen zum Ausdruck kommen sollen.

In diesem Zusammenhang kündigte Paulsen an, daß der neue AStA die Studenten nicht täglich mit einem Wust von Flugblättern überschütten wolle, da dies letztlich zur Entpolitisierung der Studenten beitrage. Es sei nur scheinbar ein Widerspruch, wenn gleichzeitig ein weiteres Informationsspektrum gewährleistet werden solle.

Im April soll das Stupa weitere Referenten für den neuen AStA wählen, der sich bisher nur aus Mitgliedern der BG zusammensetzt. Sie sollen aus den Reihen der BG und der Juso-Hochschulgruppe bestimmt werden. Der LHV, der den AStA unterstützt, will sich nicht unmittelbar an der AStA-Arbeit beteiligen.

Drei Jahre Kooperation mit DGB

Auf Einladung des Kooperationsausschusses fand Ende Januar in der Universität Oldenburg eine Veranstaltung statt, auf der Vertreter von Hochschule und Gewerkschaften drei Jahre nach Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Universität Oldenburg sowie dem DGB-Niedersachsen und der gewerkschaftlichen Bildungsvereinigung Arbeit und Leben eine Zwischenbilanz zogen. Vor allem von gewerkschaftlicher Seite wurde hervorgehoben, daß mit der Kooperationsvereinbarung ein wichtiger Schritt im Prozeß der Annäherung von Arbeitswelt und Wissenschaft getan worden sei. Es sei zu begrüßen, daß damit gerade in Oldenburg, wo die Zusammenarbeit schon in der Gründungsphase der Hochschule im Unterschied zur bisher üblichen Praxis besonders eng war, ein deutliches Zeichen gesetzt worden sei, das als Modell für andere Hochschullorte gewertet werden könne. Es wurde in den Stellungnahmen zwar deutlich, daß mit der engeren Zusammenarbeit Probleme nicht nur gelöst worden sind, sondern daß Probleme, z. B. Kommunikations- und Sprachprobleme, neu aufgetreten sind, daß ferner dieser Versuch auf erhebliche externe Schwierigkeiten finanzieller Art oder in Form politischer Angriffe trifft; dennoch bleibt festzuhalten, daß hier ein vielversprechender Anfang in der konkreten Kooperation zwischen Hochschule und Gewerkschaften gemacht wurde.

Dies wurde vor allem in der sich anschließenden Darstellung einzelner universitärer Projekte deutlich. Hier wurde von Projektleitern bzw. -teilnehmern berichtet, wie einerseits durch die gewerkschaftlichen Vorstellungen und Anforderungen neue Studien- und Forschungsinhalte in die Arbeit eingeflossen sind; andererseits wurden aus Projekten heraus Bildungsurlaubsseminare entwickelt, die große Resonanz finden und die als Ergänzung der Betriebsräteschulungen anzusehen sind. Auch politische Argumentationen und Forderungen etwa bezüglich der städtebaulichen Entwicklung in Oldenburg durch den Kommunalpolitischen Arbeitskreis erhalten mit Hilfe der Arbeitsergebnisse in der Hochschule eine wissenschaftliche Fundierung.

Trotz gewisser verbleibender Schwierigkeiten ist die Bilanz aus drei Jahre Kooperationsvereinbarung als eindeutig positiv zu bewerten. Dies wurde erst kürzlich wieder von der DGB-Landesdelegiertenkonferenz Niedersachsen-Bremen bestätigt, die in einer Entschließung die Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften begrüßt und insbesondere vom niedersächsischen Gesetzgeber fordert, "daß das künftige Niedersächsische Hoch-

schulgesetz diese Zusammenarbeit sicherstellt und ihren weiteren Ausbau ermöglicht".

jb

Spende des DGB

Die Landesdelegiertenkonferenz des DGB hat in einer Entschließung den Willen der Universität Oldenburg begrüßt, ihre Arbeit in Forschung und Lehre an den Bedürfnissen der Bevölkerung und an der Sicherung für Frieden und Toleranz auszurichten. In diesem Zusammenhang forderte sie den Landesbezirksvorstand auf, sich dafür einzusetzen, "daß dem Willen der Organe, der Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität zu verleihen, Rechnung getragen werde". Gleichzeitig verwahrte sie sich dagegen, "daß konservative und reaktionäre Kräfte in ihrer Ablehnung dieser Namensgebung sowohl Person und politisches Erbe des Friedensnobelpreisträgers herabwürdigten, als auch den ehrlichen Willen der Universität verleumdete, Wissenschaft im Geist von Demokratie und Frieden zu betreiben". Ihrem Beschluß ließen die Delegierten Taten folgen. Eine vom Oldenburger DGB-Kreisvorsitzenden Hubert Bittner angeregte Spendenaktion für das Mahnmahl erbrachte über 1000 Mark, so daß jetzt gut 11.000 Mark von insgesamt 20.000 Mark zur Verfügung stehen.

Die Fachschaft Kunst spendete aus Überschüssen der Heartfield-Ausstellung und einer Fachschaftsfete weitere 200 Mark für das Mahnmahl. Aus Projekten und Veranstaltungen gingen bisher etwa 1000 Mark ein. Die höchste Einzelspende bisher: 250 Mark.

Vortragsreihe zur Berufswahl

Vom 16.2. bis zum 27.4.1978 findet jeden Donnerstag um 15.00 Uhr in der Universität für Schüler der Klassen 12 und 13 eine Vortragsreihe zur Berufswahl statt. In dieser Vortragsreihe, die gemeinsam von der Berufsberatung des Arbeitsamtes und der Zentralen Studienberatung getragen wird, werden Praktiker aus den einzelnen Berufsfeldern eine Übersicht über die wichtigsten Arbeitsbereiche geben, die für Akademiker und Abiturienten in Frage kommen. Ziel dieser Vortragsreihe ist es, den zukünftigen Abiturienten möglichst frühzeitig einen allgemeinen Einblick über die Tätigkeitsanforderungen und Abhängigkeitsverhältnisse typischer Berufsfelder zu vermitteln und damit Entscheidungshilfen für die Berufs- und Studienwahl anzubieten.

Studiengang Physik

Unbegreifliche Überlegungen

Als unbegreiflich hat die Fraktion der SPD im Oldenburgischen Rat den in Erwägung gezogenen Abzug des Diplomstudienganges Physik an der Universität Oldenburg durch das Wissenschaftsministerium bezeichnet. In einem Brief an Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel heißt es, bisher sei es Ziel aller Niedersächsischer Landesregierungen gewesen, die Universität auszubauen und in ihrem Lehrangebot zu erweitern. Unverständlich wäre ein Abzug des Diplomstudienganges schon deshalb, als zur Betreuung der Lehramtsstudenten der wesentliche Grundbestand an persönlicher und sächlicher Ausstattung im Fach Physik in Oldenburg vorhanden bleiben müsse. Nachdrücklich heißt es in der Erklärung weiter, daß es für den Nordwestraum Niedersachsens von großer regional politischer Bedeutung sei, daß an der Universität Oldenburg die Fächer Biolo-

gie, Chemie und Physik mit dem Ziel anwendungsbezogener Wissenschaftsausübung angeboten werden könne. Jede Veränderung in diesem Konzept schade damit dem gesamten Weser-Ems-Raum. Statt des Abzuges des Studienganges Physik, erwarte die SPD-Fraktion die Vermehrung der Studiengänge.

Gleichzeitig forderte die SPD den von der Landesregierung angekündigten Studiengang Pharmazie umgehend an der Universität Oldenburg einzurichten.

Eher zurückhaltend nahm der Niedersächsische Wirtschaftsminister Erich Küpker (FDP) zur möglichen Verlagerung des Diplomstudienganges Physik nach Osnabrück Stellung. Er erklärte lediglich nach einem Gespräch mit Pestel, der Wissenschaftsminister sei bereit, "bei genügender Kapazität an beiden Standorten beide Studiengänge führen zu lassen".

Diebstähle

In der letzten Zeit häufen sich in der Universität Fälle von Diebstählen. Die Organisationsabteilung weist daher alle Hochschulangehörigen darauf hin, in besonderem Maße auf Wertgegenstände, Taschen, Geldbeutel und Schlüssel zu achten. Diensträume sollten, auch wenn sie nur für kurze Zeit verlassen werden, grundsätzlich abgeschlossen werden. Da erfahrungsgemäß die Aufklärung solcher Diebstähle gleich null ist, ist Vorsorge besonders wichtig.

Dissertation

In der Zeit vom 3.2.-2.3.1978 liegt die Dissertation vom wissenschaftlichen Assistenten Rüdiger Meyenberg für alle Hochschullehrer der Universität zur Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Fachbereiches II (VG, Raum 105) aus. Thema der Dissertation: "SPD in der Provinz - Empirische Untersuchung über die soziale Struktur, die politische Aktivität und das gesellschaftspolitische Bewußtsein von SPD-Mitgliedern am Beispiel des Unterbezirks Oldenburg (Oldb.)."

Studenten wählen Gremien

Trotz geringer Wahlbeteiligung gab es bei den Gremienwahlen, die für Studenten im Gegensatz zu den anderen Statusgruppen jährlich stattfinden, keine Überraschungen. Sowohl im Konzil wie in den Fachbereichsräten verschob sich das Kräfteverhältnis nur unerheblich.

Im Konzil löste die Juso-Hochschulgruppe den SHB als stärkste Fraktion ab. Die Ergebnisse: Juso-Hochschulgruppe 8 Sitze (1977: 7 Sitze), SHB 7 (8), MSB 6 (5), LHV 2 (3) und RCDS 1 (4). Die Wahlbeteiligung betrug 16,5 Prozent (27,28).

Fachbereichsrat I: Helmers (MSB), Schrader (SHB), Hüttis (MSB), Jödicke (SHB).

Fachbereichsrat II: Melching (MSB), Grobe (SHB), Nennecker (PIN), Gräber (Juso).

Fachbereichsrat III: Ring (MSB), Richter (SHB), Löb (PIN), Kregel (Juso).
Fachbereichsrat IV: Horstmann (PIN),

Peeks (SHB), Oltmanns (PIN), Santer (SHB).

Formblätter für Leistungsnachweise

Das Akademische Prüfungsamt (APA) weist darauf hin, daß Formblätter zur Ausstellung studienbegleitender Leistungsnachweise und für Gutachten nach der Übergangsregelung der Diplom-Prüfungsordnung sowie erläuternde Merkblätter im APA (A 101 und A 102) erhältlich sind.

Da das vorgesehene Verfahren zur Ausstellung von studienbegleitenden Leistungsnachweisen zum Teil noch nicht eingehalten wird, wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die ausgefüllten Leistungsnachweise von den Lehrenden direkt an das APA zur Siegelung weiterzuleiten sind und von dort von den Studenten abgeholt werden können.

Personalien

PROFESSOR VOLKER MELLERT, Physiker im Fachbereich IV, wird auf der Frühjahrstagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Bochum den Vorsitz des Bereichs "Meßtechnik und Elektroakustik" übernehmen. Wie Mellert werden auch der Akademische Rat UIRICH RADEK und der wissenschaftliche Mitarbeiter DR. REINHARD WEBER Vorträge zum Thema "Lärmschutz" auf dem Kongreß halten.

MARION VON DER LIPPE, bisher an der Universitätsbibliothek Marburg tätig, wurde als Bibliotheksinspektorin eingestellt.

BEROLD BUNK, bisher Assistent im Fach Biologie verließ die Universität, um in den Schuldienst zurückzukehren. LUDWIG NELLESSEN, bisher wissenschaftlicher Assistent im Fach Mathematik, ist aus der Universität ausgeschieden und in den Schuldienst zurückgekehrt.

Letzte Korrektur

Die Reinschrift des Verzeichnisses SS 78 liegt am Montag und Dienstag, 27. und 28.2., in Raum A 211 zur Feinkorrektur aus.

Ausschreibungen

FACHBEREICH III sucht Studentische Hilfskraft für EDV-Arbeiten für das Projekt "Ergebnisse und Methoden vorbereitender Untersuchungen nach § 4 St Bau FG". Die Stelle ist auf ein Jahr befristet und im Monat sind es ca. 100 Stunden à 13,- DM. Bewerbungen sind bis zum 24. Februar an Walter Siebel, FB III, zu richten.

★

Für das Sommersemester 1978 können im Fach Sportwissenschaft Hilfslehrkräfte eingestellt werden, die mit der Durchführung der folgenden Veranstaltungen beauftragt werden sollen: Bewegungslehre und Didaktik der Leichtathletik, des Basketballs, des Fußballspiels, des Handballspiels und des Volleyballspiels; außerdem bei Leichtathletik, Turnen, Schwimmen, Rudern, Segeln, Basketball, Fußball, Handball und Volleyball.

Erforderliche Voraussetzungen sind abgeschlossenes Sportlehrerstudium für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. Realschulen bzw. höheres Lehramt oder ein Qualifikationsnachweis für das gewählte Fachgebiet und Lehr- bzw. Berufserfahrung in dem gewählten Fachgebiet. Bewerbungen mit Nachweis der fachlichen Qualifikation sind zu richten an: Prof. Ursel Petersen, Sportwissenschaft, Uni-Postfach bzw. Hunte-mannstraße 5, 29 Oldenburg. Bewerbungsfrist: 25. März 1978